

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 01.10.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181

Anwesend:

Vorsitzender

Schoppmeyer, Thorsten

Mitglieder

Böhle, Rolf

Büter, Rainer

Düssler, Frank

Vertretung für Hr. Hebbelmann

Kir, Emine

Kompa, Peter

Vertretung für Hr. Beermann

Korte, Thomas

Kraegeloh, Klaus

Lorenz, Robert

Pesch, Karl-Heinz

Vertretung für Hr. Grothaus

Symanzik, Julian

Wallenhorst, Sandra

Verwaltung

Belling, Christian

Lührmann, Bärbel

Pohlmann, Ansgar

Reinersmann, Herbert

Telkamp, Wolfgang

Protokollführer/in

Budke, Andre

Fehlende Mitglieder

Beermann, Volker

Vertreten von Hr. Kompa

Grothaus, Ludwig

Vertreten von Hr. Pesch

Hebbelmann, Udo

Vertreten von Hr. Düssler

Holz, Benedikt

Gäste

Köhnke, Helmut Dr.

Beginn: 18:17 Uhr

Ende: 20:03 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Protokolle Nr. FB IV/10/2013 und FB IV 11/2013 über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02. und 16.09.2013
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Hochwasserschutzmaßnahmen Stadtzentrum
3.2.	Vermarktungsstand Baugebiete
4.	Neugestaltung des Stadtplatzes Georgsmarienhütte. Hier: Ergebnis des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs Vorlage: MV/047/2013
5.	Bürgerbus Vorgaben für die Einrichtung / Vortrag des Ehrenamtslotsen Dr. Köhnke Vorlage: MV/044/2013
6.	Umsetzung des ÖPNV-Optimierungskonzeptes Vorlage: BV/185/2013
7.	DMK – Zufahrtssituation Beekebreite/Raiffeisenstraße/B 68. Planung Verkehrsanlagen Vorlage: MV/043/2013
8.	Stellplätze der Kirchengemeinde St. Peter und Paul / Oesede Antrag auf Errichtung von Ersatzstellplätzen im Bereich der Straßentrasse der geplanten Zentrumsentlastungsstraße Vorlage: MV/045/2013
9.	Beantwortung von Anfragen
10.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Schoppmeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung der Protokolle Nr. FB IV/10/2013 und FB IV 11/2013 über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02. und 16.09.2013

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 3 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Die Protokolle Nr. FB IV/10/2013 und FB IV/11/2013 über die öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 02. Und 16.09.2013 werden genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Hochwasserschutzmaßnahmen Stadtzentrum

Herr Reinersmann trägt anhand der Maßnahmenblätter „Hochwasserpolder Wiemann“ und „Schutzwände im Stadtzentrum von Georgsmarienhütte“ vor, dass die Verwaltung in Absprache mit dem NLWKN die Maßnahmenanträge neu gestellt habe, um u.a. die zeitlichen Abläufe der Maßnahmen im Sinne der Förderbehörde zu optimieren. Seitens der Verwaltung werde davon ausgegangen, dass dies die Chance auf eine Förderung der Maßnahmen erhöhe.

3.2. Vermarktungsstand Baugebiete

Herr Reinersmann stellt anhand einiger Grafiken den Vermarktungsstand der Baugebiete „Mittelheide“, „Östlich Buchgarten“ und „Ostermanns Esch“ vor. Zum 30.09. waren in diesen Baugebieten noch 6 Grundstücke frei, weitere 6 Grundstücke waren reserviert.

4. Neugestaltung des Stadtplatzes Georgsmarienhütte.

**Hier: Ergebnis des freiraumplanerischen
Realisierungswettbewerbs
Vorlage: MV/047/2013**

Herr Reinersmann stellt kurz den Ablauf und die Ergebnisse des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs vor. Von den 25 beteiligten Büros hätten 18 Entwürfe eingereicht, hiervon seien 3 Preisträger gekürt und 2 Anerkennungen ausgesprochen worden (vgl. anliegende Entwürfe). Das Preisgeld habe insgesamt 50.000 € betragen.

Der Rat könne nun mit den 3 Preisträgerbüros Verhandlungen aufnehmen, nach den Regeln des Wettbewerbs müsse eines dieser Büros mit der Umsetzung der Freiraumplanung beauftragt werden. Sinnvoll sei natürlich, zunächst Verhandlungen mit dem erstplatzierten Büro aufzunehmen.

Der erstplatzierte Entwurf sei u.a. durch die klar definierten Platzkanten geprägt. Im Westen des Parkplatzes werde z.B. eine doppelte Baumreihe („Grüne Arkaden“) gesetzt. An der Oeseder Straße würden 2 kleinere Platanen entfernt, um die Sicht auf die ortsbildprägende Kirche frei zu machen und die Nutzungsmöglichkeiten des Platzes, z.B. für die Eisbahn, zu erhöhen. Am „Ortseingang“ an der neuen Dütebrücke solle die wenig attraktive Eingangssituation lt. Entwurf durch eine verspiegelte Metallfläche vor der Möbelfabrik („Auenspiegel“) aufgewertet werden. Es würden auch Vorschläge für die nördlich gelegenen Baublockinnenbereiche vorgelegt.

Im Weiteren geklärt werden müsse u.a., wie die Anlieger des geplanten Platzes südlich des Dütezentrums in die Planungen eingebunden werden können, wie die Promenade am Nordrand des Stadtplatzes gestaltet werden solle und wie der Platz selbst gestaltet werden solle. Vorteil dieses Entwurfes sei, dass das bestehende Material weiterhin verwendet würde und einzelne Komponenten wie z.B. die Baumreihen im Westen des Stadtplatzes zeitnah umgesetzt werden könnten.

Der Übergang in die östlich angrenzende Landschaft sei nicht Thema des Wettbewerbs gewesen und stünde als Diskussionsthema für die Folgejahre an, wenn u.a. die konkrete Gestalt der Hochwasserschutzmaßnahmen absehbar sei.

Die vorliegenden prämierten Entwürfe sollten nun mit den Anliegern diskutiert werden, um die Akzeptanz und Umsetzbarkeit der Ideen zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Diskussion würden im Ausschuss vorgestellt. Ende 2013 solle Klarheit bestehen über den weiteren Fortgang des Projektes. Die eingereichten Arbeiten stünden der Öffentlichkeit zunächst bis zum 09.10. zur Verfügung, würden hiernach aber auch dokumentiert.

Auf Nachfrage von Frau Kir erklärt Herr Reinersmann, dass die Oeseder Straße in Ihrem kompletten Verlauf für KFZ nutzbar bleiben solle, dies sei Vorgabe im Wettbewerb gewesen. Die konkrete Wahl der Straßenoberfläche, z.B. als Pflasterbelag, sei hiervon unabhängig. Ebenso sei denkbar, als Alternative zur bisherigen Tempo-30-Regelung einen shared-space-Bereich oder eine Tempo-20-Regelung einzuführen.

5. Bürgerbus
Vorgaben für die Einrichtung / Vortrag des
Ehrenamtslotsen Dr. Köhnke
Vorlage: MV/044/2013

Herr Dr. Köhnke definiert die Ausgangssituation so, dass der Bürgerbus für Verkehrslinien angestoßen worden sei, deren Einrichtung befürwortet werde, die sich aber durch den „herkömmlichen“ ÖPNV nicht wirtschaftlich betreiben ließen.

Der Betrieb durch Ehrenamtliche bedeute, dass vor allem zu Beginn der Einrichtung des Bürgerbusses vielerlei organisatorische Arbeiten erledigt werden müssten, wie das Erbringen von verschiedenen Nachweisen durch die Ehrenamtlichen, deren Schulung, sowie im Verlauf des Einsatzes des Bürgerbusses die Schichtenteilungen. Durch eben diese Schichtenteilungen in einem festen Fahrplan entstehe eine relativ feste Bindung der ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Der Bürgerbus gründe sich auf 3 Säulen, dies seien die Unterstützung der Stadt, welche sich durch finanzielle Mittel und vor allem in der Anfangsphase durch die Notwendigkeit eines festen Ansprechpartners in der Verwaltung äußere, durch die Kooperation des Konzessionsträgers und durch einen zu gründenden Verein von Ehrenamtlichen, der den Bürgerbus betreibe. Dieser Verein sei nicht anerkennungsfähig als gemeinnützig, so dass er sich nicht durch Spenden, aber zum Teil durch Sponsoren und Werbung finanzieren könne.

Im Sinne der Mitarbeitermotivation sei es angebracht, den Bürgerbus mit einem festen Fahrplan und nicht als Rufbus anzulegen. Ebenso würde es als Wertschätzung des Bürgerbusses wahrgenommen, wenn dieser eine wahrnehmbare und nachgefragte Linie bediene, z.B. durch Haltepunkte der Kleinbusse im Stadtzentrum. Für den verlässlichen Betrieb einer Buslinie würden ca. 20 Mitarbeiter benötigt.

Herr Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass der Bürgerbus nicht grundsätzlich als Anrufbus gedacht sei. Die Anrufbusse sollten in den Tagesrandzeiten eingesetzt werden. Zudem müsse vor der Zuweisung einer bestimmten Linie an den Bürgerbus grundsätzlich geklärt werden, welche Linien in den ÖPNV in Georgsmarienhütte aus dem Konzept übernommen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Düssler erklärt Herr Köhnke, dass die Fahrer den gleichen Haftungsregeln unterlägen wie die Fahrer im „normalen“ ÖPNV. Eine persönliche Haftung des Vereinsvorstands bestünde nicht.

Auf Herrn Schoppmeyers Nachfrage erläutert Herr Köhnke, dass er bislang keine Werbung für das Projekt „Bürgerbus“ betrieben hätte, ihm aber nichtsdestotrotz unverbindlich 12 Anfragen für den Fahrdienst und 2 für die Organisation vorlägen. Konkrete Vorbereitungen zur Vereinsgründung und Werbung für den Bürgerbus, z.B. durch eine offizielle Veranstaltung im Rathaus und/oder durch eine Probefahrt des Bürgerbusses auf der Buslinie würden erst dann in Angriff genommen, wenn seitens der politischen Gremien ein Votum für die Einrichtung des Bürgerbusses vorläge.

Herr Bürgermeister Pohlmann regt an, im Rahmen eines Businessplans u.a. Aussagen zu entstehenden Kostenanteilen der Stadt zusammenzutragen, um den politischen Gremien eine verlässliche Entscheidungsgrundlage zu geben.

Frau Lührmann weist darauf hin, dass die jährlichen Kosten im ÖPNV-Konzept mit 20.000 € taxiert worden seien (ohne Schulungen etc.).

Zu den jährlichen Kosten erläutert Herr Köhnke, dass bei anderen Vereinen ein Zuschussbedarf von 5.000 - 8.000 € p.a. auftrete, zu Anfang des Projektes durch den erhöhten Aufwand natürlich mehr.

Herr Schoppmeyer fasst zusammen, dass der Ausschuss dem Projekt Bürgerbus grundsätzlich positiv gegenübersteht, für eine Beschlussfindung allerdings die Lieferung der angesprochenen Daten erforderlich sei.

6. Umsetzung des ÖPNV-Optimierungskonzeptes **Vorlage: BV/185/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Auf Herrn Böhles Nachfrage bestätigt Frau Lührmann, dass die Kosten der ÖPNV-Optimierung zusätzlich zu den bisherigen Kosten entstünden.

Herr Schoppmeyer regt an, eine Entscheidung zum TOP zu vertagen, um diesen auch vor dem Hintergrund der veranschlagten Kosten weiter diskutieren zu können.

Herr Bürgermeister Pohlmann weist auf den engen Zeitplan der ÖPNV-Optimierung hin, der eine Beschlussfassung Ende Oktober 2013 notwendig mache.

Herr Schoppmeyer regt an, den TOP auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 28.10. zu setzen.

7. DMK – Zufahrtssituation Beekebreite/Raiffeisenstraße/B **68. Planung Verkehrsanlagen** **Vorlage: MV/043/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Reinersmann erläutert, dass die Planungen des DMK, die Zufahrt zur Beekebreite zu verlegen, Anlass für verschiedene Überlegungen und Überprüfungen sei. So seien sowohl verkehrstechnische als auch schalltechnische Fragen abzuklären.

Verkehrsplanerisch sei die Idee entwickelt worden, den Untersuchungsauftrag aus dem Verkehrsentwicklungskonzept zur Funktionsweise der Einmündung B 51 / B68 um die Untersuchung zu ergänzen, eine neue Zufahrt von der Raiffeisenstraße unmittelbar zur B 68 zu führen, was der rechtskräftige Bebauungsplan derzeit aber nicht vorsehe.

Herr Telkamp ergänzt, dass eine über das Grundstück der Firma MBN laufende Verbindung zur B 68 von schätzungsweise 4.000 KFZ pro Tag genutzt würde, was zu einer verkehrlichen und schalltechnischen Entlastung auf allen Abschnitten der Dorfstraße beitragen könnte. Zu klären sei vor allem, in welcher Form die Verkehrsknotenpunkte zu organisieren seien (z.B. durch Lichtsignalanlagen oder Kreisel).

Es seien vorsorglich erste Honorarangebote von Ingenieurbüros angefordert worden. Diese hätten einen Doppelkreisel vorgesehen am Knotenpunkt Dorfstraße / Raiffeisenstraße, hierzu seien Alternativen zu prüfen. Die Kostenschätzung seien bislang sehr vage und rangiere von 0,5 – 1,5 Mio. €, daher werde empfohlen, eine Vorplanung sowie eine Untersuchung der verkehrlichen Beziehungen durchzuführen. Hier seien Haushaltsmittel i.H.v. ca. 20.000 € notwendig, die aus dem Budget erwirtschaftet werden sollen.

Auf Herrn Kortes Nachfrage erläutert Herr Bürgermeister Pohlmann, dass eine neue Anbindung an die B 68 keine Bedingung für die Erweiterung des DMK sei. Vielmehr solle die Gelegenheit geprüft werden, den Verkehr im Stadtteil Harderberg zu entzerren und diesen auf die B 68 zu führen. Hierzu sei zunächst mit den Grundeigentümern, d.h. den Firmen DMK und MBN zu klären gewesen, ob diese mit einer solchen Zuwegung einverstanden wären. Mit Vorliegen des grundsätzlichen Einverständnisses solle die Idee nun auch in den politischen Gremien der Stadt Georgsmarienhütte diskutiert werden.

Herr Lorenz spricht sich gegen die skizzierte Anbindung an die B 68 aus, es bestehe keine Notwendigkeit für diese, da die Raiffeisenstraße relativ wenig genutzt werde. Er schlägt vor, die weitere verkehrliche Entwicklung abzuwarten.

Herr Reinersmann erwidert, dass in den Beratungen über das Vorhaben des DMK die Befürchtung vorgetragen wurde, dass ein zusätzliches Verkehrsaufkommen v.a. an den Knotenpunkten der Schulstraße und der Brüsseler Straße zu Problemen führen könnte, was untersucht werden solle. Er betont, dass eine Anbindung an die B 68 technisch möglich sei, zur Klärung weiterer Fragestellungen, z.B. um die weiteren Kosten zu beziffern, sei eine Vorplanung erforderlich.

**8. Stellplätze der Kirchengemeinde St. Peter und Paul / Oesede
Antrag auf Errichtung von Ersatzstellplätzen im Bereich der Straßentrasse der geplanten Zentrumsentlastungsstraße
Vorlage: MV/045/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Reinersmann ergänzt zur Vorlage, dass seit dem 01.10. ein förmlicher Antrag zur Nutzung der Stadtzentrumsentlastungsstraße als Parkplatz vorliege.

Rechtlich betrachtet sei eine befristete Nutzung über eine entsprechende Bebauungsplanänderung auf 10-15 Jahre möglich, falls dies politischer Wille sei.

Herr Kraegeloß befürwortet die Planung, da hierdurch bei Zulassung einer öffentlichen Nutzung ebenfalls der benachbarte Bahnhof profitieren würde. Überdies würde eine solche Nutzung die Umsetzung der Planungen zur Stadtzentrumsentlastungsstraße unwahrscheinlicher machen.

Auf Herrn Kortes Nachfrage erläutert Herr Reinersmann, dass ein privater Parkplatz mit öffentlichen Nutzungsanteilen beantragt sei; entsprechend sei eine Kostenteilung seitens der Antragssteller vorgeschlagen worden.

Herr Korte weist darauf hin, dass die Topografie erhebliche Aufschüttungen notwendig mache, um einen Parkplatz einzurichten. Außerdem müssten für den Parkplatz einige Bäume gefällt werden, weshalb er den Antrag kritisch sehe. Für Dauerparker bestehe mit der Fläche unter der B 51-Brücke eine nah gelegene Alternative.

Herr Lorenz bittet darum, den TOP zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 28.10. wieder auf die Tagesordnung zu setzen und in der Zwischenzeit weitere Informationen und ggf. einen Bauantrag beim Antragsteller anzufordern.

9. Beantwortung von Anfragen

10. Anfragen

Lärmschutz Schoonebeekstraße

Frau Kir bittet um Auskunft, wann neue Ergebnisse betreffend der Lärmschutzplanung an der B 51 in Höhe der Schoonebeekstraße zu erwarten seien.

Herr Reinersmann antwortet, dass die Bewertung der in die Lärmaktionsplanung eingegangenen Eingaben verwaltungsintern noch ausstehe, die weitere Lärmaktionsplanung werde in der Sitzung des Ausschusses am 28.10. oder 18.11. behandelt.

Zufahrt Spielplatz Heheland

Herr Kompa bittet um Auskunft, ob seit seiner Anfrage eine Kontrolle der Zufahrt stattgefunden habe.

Herr Telkamp antwortet, es hätten verschiedentlich Kontrollen durch den Bauhof stattgefunden, in deren Folge mehrfach Gefahrenstellen beseitigt worden seien.

Unterer Gartbrink

Herr Korte schildert, dass die Anlieger des Unteren Gartbrinks seit der Straßenumbenennung Probleme mit Internetbestellungen und Lieferdiensten hätten und bittet um Prüfung, wie Abhilfe geleistet werden kann.

Lärmschutzwand B 51 Höhe Weidenstraße

Herr Korte zeigt sich irritiert, dass ihm seitens der Verwaltung bejaht worden sei, dass ein Planungsauftrag für die Lärmschutzwand bereits vergeben worden sei, und einem Bürger gegenüber die Auskunft gegeben worden sei, dies sei noch nicht der Fall, und bittet um Aufklärung.

Herr Reinersmann erläutert, dass die Auftragsvergabe generell bejaht wurde, bevor weitere Formalien aufgetreten seien, die erst abgearbeitet werden müssen (u.a. Bodengutachten, Vergleichsangebote).

Ampel Klöcknerstraße

Herr Lorenz verweist auf seine Anfrage, aus welchem Grund die Ampel Klöcknerstraße / B 51 nicht in Betrieb sei und bittet um Beantwortung.

Zuständigkeiten für Grundstücksgeschäfte

Herr Lorenz bittet darum, die Rechtslage des NKomVG und das Ortsrecht der Stadt Georgsmarienhütte auf die Frage der Zuständigkeit des Rates für den An- und Verkauf von Grundstücken hin aufzuarbeiten und in der nächsten Sitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.

Hochwasserwarnsystem Düte

Herr Düssler bittet um Mitteilung des Sachstands des Hochwasserwarnsystems

Hochwasserrückhaltebecken Malbergen

Herr Düssler bittet darum, den Anliegern des HRB Malbergen bei einem Ortstermin die Funktionsweise und das Zusammenspiel des HRB und des Regenrückhaltebeckens zu erklären.

Ampel B 51-Abfahrt Niedersachsenstraße

Herr Düssler bittet um Auskunft, wann die Reparatur der Ampelschaltung zu erwarten sei.

Unversiegelte Stellplätze Harderberger Weg 1

Herr Düssler erinnert an seine Anfrage vom 29.04. und bittet um Beantwortung.

Kloster Oesede „Unter den Linden“ – beschädigte Bäume

Herr Schoppmeyer bittet um Auskunft, ob die zweite Linde ebenfalls als abgängig eingestuft werde.

Herr Reinersmann erwidert, dass nach der ersten Baumfällung derzeit Regressansprüche, z.B. gegen den Bauherren, geprüft würden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Schoppmeyer
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung